Wahlprogramm

zur Kommunalwahl am 6. Mai 2018

DIE LINKE.
Dithmarschen

DIE LINKE. setzt sich für einen Mindestlohn von 12,- Euro ein.

DIE LINKE. ist die einzige Partei in Deutschland, die ohne Wenn und Aber für einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von 12,- Euro und für eine sanktionsfreie Mindestsicherung einsetzt und die für einen sozialen Ausgleich und für eine gerechte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums eintritt.

Wir wenden uns gegen eine Rente ab 67, gegen den Sozialkahlschlag, gegen die Verarmung durch Hartz IV, gegen Kinderarmut und Altersarmut.

Wir sind die einzige Friedenspartei im Bundestag.

DIE LINKE kämpft auch in Schleswig-Holstein für soziale Gerechtigkeit,

für existenzsichernde Mindestlöhne, für die kostenlose Beförderung von Schulkindern und für die gesellschaftlich notwendige, sozial gerechte Umgestaltung des Bildungswesens.
DIE LINKE will prekäre Beschäftigung eindämmen. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder in Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit schaffen. Wir sind gegen sachgrundlose Befristungen, gegen Leiharbeit und Niedriglöhne.

Wir wollen auch im Kreis Dithmarschen die gegebenen Möglichkeiten der Kommunalpolitik nutzen, um unsere gesellschaftspolitischen Ziele umzusetzen und so Verbesserungen für die Menschen durchzusetzen.

DIE LINKE: Vor Ort für alle.

Auch kommunal zu 100% sozial.

DIE LINKE. setzt auf mehr direkte Demokratie.

Dies wird durch Bürgerbegehren, durch verbindliche Bürgerentscheide, durch direkte Bürgermeister- und Landratswahlen und durch Bürger*innen-Fragerunden bei Ausschüssen im Kreistag erreicht. Eine Grundbedingung für demokratische Gestaltungsspielräume ist dabei die Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen und Kreise, für die Bund und Land zuständig sind.

DIE LINKE. will eine effektive und bürgernahe Verwaltung.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Reform der Verwaltungsstrukturen, lehnen aber ein reines Sparmodell ab, das zu Qualitätsverlusten und zum Verlust von Arbeitsplätzen führt. Wir lehnen ein gemeinsames Dienstleistungszentrum von dem Kreis Dithmarschen und der Stadt Heide ab, solange die dafür notwendigen Millionen für Schulsanierungen dringender benötigt werden.

DIE LINKE. setzt sich für Kinder- und Jugendparlamente ein.

Diese sind im Kreistag und in den größeren Städten in Dithmarschen zu gründen und mit einem eigenen Budget auszustatten. So erhalten Kinder und Jugendliche einen Einblick in die Politik, sie können eigene Lösungsvorschläge erarbeiten und in Form von Anträgen die Politik in den Städten und im Kreis Dithmarschen mitgestalten.

DIE LINKE. möchte jedem Kind gute Bildung von Anfang an bieten.

Dafür ist ein weiterer Ausbau der Kinderkrippen- und Kindergartenplätze dringend notwendig, solange in Dithmarschen mehr als 700 Kinder auf Wartelisten stehen. Wir nehmen dabei die hohe finanzielle Belastung für Eltern nicht einfach hin. Unser Ziel ist die kostenfreie Kita, wobei hier Bund, Land, Kreis Kommune und auch die Arbeitgeber*innen in der Pflicht sind, Ihren Anteil beizutragen.

DIE LINKE. tritt für absolute Chancengleichheit in der Bildung ein.

Dazu gehört ein flächendeckendes Ganztagsangebot, deshalb wollen wir eine Schule für alle: eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Schulschließungen auf Grund der demographischen Entwicklung sind nur hinnehmbar, wenn langfristig keine Perspektive für eine Schule oder einen Schulstandort besteht. Zuvor sind, besonders im ländlichen Raum, alle Möglichkeiten zur Erhaltung des Schulstandortes auszuschöpfen.

DIE LINKE. steht für kostenfreie Schülerbeförderung.

Im Kreis Dithmarschen werden zurzeit ca. 5.000 Schülerinnen und Schüler mit dem ÖPNV zur Schule und von dort wieder nach Hause befördert, allerdings müssen die Schüler*innen die Kosten auslegen und bekommen nicht alle Kosten erstattet. Freie Schulwahl ist nicht für Besserverdiener gedacht, sondern muss für alle gelten. Deshalb setzt sich die LINKE für eine kostenfreie Beförderung von Schüler*innen auch über die Kreisgrenze hinweg (Stichtwort ETS Tönning) ein. Bis die Landesregierung eine Lösung anbietet, müssen die Kreise Dithmarschen und Nordfriesland die anfallenden Beförderungskosten übernehmen.

DIE LINKE. steht für ein besseres Angebot im öffentlichen Nahverkehr.

Einkommensschwache Bevölkerungsschichten, Seniorinnen und Senioren und Kinder sind in unserer autofixierten Gesellschaft in ihrer Mobilität eingeschränkt. Deshalb muss das Angebot von Bahnen und Bussen im Kreis Dithmarschen massiv ausgeweitet werden, es sollten die Linien ausgeweitet und die Taktzeiten verkürzt werden. Hierfür ist vorrangig umweltfreundliche und emissionsfreie Technik einzusetzen. Die Fahrpreise dürfen dabei nicht weiter ansteigen und es ist ein Sozialticket einzuführen. Die Einführung eines ticketlosen ÖPNVs ist zu prüfen.

DIE LINKE. setzt sich für eine Fährverbindung zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven ein.

Hierzu sollte eine Fährgesellschaft gegründet werden, deren mehrheitliche Anteilseigner die Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die Landkreise Dithmarschen und Cuxhaven, sowie die Städte Brunsbüttel und Cuxhaven sind. Für die Fährverbindung sollten anfangs zwei, in Urlaubszeiten drei schnellere Fähren mit umweltschonendem Antrieb angeschafft werden und zum Einsatz kommen.

DIE LINKE. lehnt die Privatisierung öffentlichen Eigentums ab.

Das betrifft im Kreis Dithmarschen z. B. Krankenhäuser, Wasserver- und entsorgung, öffentliche Bäder, Abfallbeseitigung, öffentliche Gebäude, öffentlicher Grund und Waldgebiete. Da wo es möglich ist, fordern wir die Rückführung in kommunales Eigentum. Auch die Ausgliederung und Privatisierung von Dienstleistungsbereichen durch öffentliche Arbeitgeber lehnen wir ab, da die Folgen in der Regel eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, Lohnkürzungen und Qualitätseinbußen sind.

DIE LINKE. will den sozialen Wohnungsbau wiederbeleben.

In Dithmarschen wurde seit Jahren kein sozialer Wohnungsbau mehr gefördert und zu wenig Wohnungen gebaut. Die Folge ist, dass die Mieten in den Städten rasant angestiegen sind und akuter Wohnungsmangel herrscht. Um diesen Wohnungsmangel in den Griff zu bekommen, sollte eine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft gegründet werden. Diese sollte vorrangig kommunale Flächen zum Bau nutzen und zusätzlich freie Flächen aufkaufen, auf denen sozialer Wohnungsbau machbar wäre. Im Sinne des demographischen Wandels sind mindestens 25 Prozent der Wohnungen barrierefrei zu gestalten.

DIE LINKE. setzt sich für eine gute Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum ein.

Eine gute Gesundheitsversorgung mit Haus- und Fachärzten, mit Hebammen und mit Pflegekräften oder auch mit Apotheken ist in Dithmarschen in weiten Teilen nicht mehr gegeben. Hier muss die Politik neue Wege gehen, um zukunftssicher zu werden. Dazu gehören auch Festanstellungen von Ärzten und Hebammen und die Bereitstellung von Praxen durch den Kreis oder die Gemeinden.

DIE LINKE. will ambulante Pflegeangebote ausbauen und fördern.

Die Überalterung der Gesellschaft schreitet auch in Dithmarschen weiter voran. Besonders im Alter sind Menschen immer mehr auf Pflegedienste angewiesen, um ihr gewohntes Umfeld nicht verlassen zu müssen. Besonders im räumlich weiten und strukturschwachen Dithmarschen sind die Angebote zur ambulanten Pflege verbesserungswürdig, damit eine gute Versorgungsqualität erreicht wird. Hierzu muss die Politik fördernd eingreifen.

DIE LINKE. fordert eine kostendeckende Gebührenordnung für Schusswaffen.

Für Registrierungs-, Eignungs-, Kontroll- und Verwaltungskosten von Schusswaffen wird allen Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Dithmarschen tief in die Tasche gegriffen. Das Defizit beträgt für ca.13.500 Schusswaffen im Kreis ca.180.000,- Euro jährlich und wird sich aufgrund hoher Neuausstellungen des Kleinen Waffenscheins weiter erhöhen. Grund hierfür sind die zu geringen Gebühren für die Besitzerinnen und Besitzer der Waffen. Durch eine Anpassung der Gebühren und Abgaben muss dieser Posten im Dithmarscher Kreishaushalt zumindest kostenneutral geführt werden.

DIE LINKE. setzt sich für die Erhaltung der Polizeistationen im Landkreis ein,

was die Wasserschutzpolizei in Brunsbüttel mit einschließt. Es darf in Dithmarschen kein weiteres Personal abgebaut werden, das Personal muss aufgestockt werden. Derzeit sind die Polizeistationen vor Ort immer öfter unbesetzt und Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte vor Ort schwer zu erreichen. Dieser Zustand führt dazu, dass selbst bei Notrufen teils längere Wartezeiten entstehen und Anzeigen „auf Halde“ liegen und nur verzögert bearbeitet werden können. Diesen Zustand finden wir untragbar.

DIE LINKE. fordert kostenlosen Internetzugang in Parks,

auf größeren Plätzen, in öffentlichen Gebäuden, Bibliotheken, Gesundheitszentren und Museen im Kreis Dithmarschen. Die Gemeinden werden dazu ermutigt, ein offenes Wlan-Netz aufzubauen, eigene digitale Dienste wie elektronische Behörden- und Gesundheitsdienste, sowie eTourismus und entsprechende Apps zu entwickeln und zu fördern. Dithmarschen darf hier die Entwicklung nicht noch weiter verschlafen.

Michael Schilke

Listenplatz 1

Politische Schwerpunkte: Agrar-, Umwelt-,
Wirtschafts- und Finanzpolitik

Pia Neumann

Listenplatz 2

Politische Schwerpunkte: Kultur und Sport,
Jugend- und Bildungspolitik

Thomas Palm

Listenplatz 3

Politische Schwerpunkte: Wohnungsbau, Familien-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik

Kerstin Friederichs

Listenplatz 4

Politische Schwerpunkte: Digitalisierung,
soziale Gerechtigkeit und Bildungspolitik

Lars Thiele-Kensbock

Listenplatz 5

Politische Schwerpunkte: Familien-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturpolitik

Marta Balzer

Listenplatz 6

Politische Schwerpunkte: Digitalisierung, Gleichstellung und Wirtschaftspolitik

DIE LINKE. setzt sich für die Rechte der Frauen ein.

Auch in Schleswig- Holstein sind Frauen politisch, sozial und ökonomisch benachteiligt. Die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Dithmarschen muss, wie gesetzlich vorgeschrieben, mit einer Vollzeitstelle ausgestattet werden. Die Vernetzung von Arbeitskreisen, der Austausch mit politischen Gremien kann nur mit einer Vollzeitstelle gewährleistet werden.

DIE LINKE. tritt für ein tolerantes und weltoffenes Schleswig-Holstein ein.

Es müssen Bedingungen für eine gelingende Inklusion geschaffen werden, deshalb müssen Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete frühzeitig Zugang zu Integrations- und Sprachkursen erhalten. Wir wollen eine stärkere Förderung von Bündnissen, die gegen feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft eintreten. Wir wollen internationale Begegnungen und die demokratische Jugendsozialarbeit vor Ort ausbauen und fördern, um Toleranz und Akzeptanz zu fördern.

DIE LINKE. setzt sich für eine umfassende Inklusion von Menschen mit Handicap ein.

Derzeit werden diese Menschen in Schleswig- Holstein noch immer benachteiligt. Die Einrichtung einer vollen Planstelle für eine/n Beauftragte/n für die Belange von Menschen mit Handicaps ist deshalb zwingend notwendig. Baumaßnahmen für Gebäude und für öffentliche Wege sind auf Barrierefreiheit zu prüfen.

DIE LINKE. will Zwangsumzüge verbieten.

Es darf durch die jahrelangen Versäumnisse im sozialen Wohnungsbau und der damit verbundenen Entwicklung der Mietpreise nicht zu einer sozialen Verdrängung von Menschen mit weniger Geld kommen. Alleine im Kreis Dithmarschen ordnete 2016 das Jobcenter den Umzug für rund 1.000 Personen an, weil die Mietpreise erhöht wurden. Durch diese Zwangsumzüge werden die Menschen aus der gewohnten Umgebung herausgerissen und so weiter sozial isoliert. Diese Praxis ist sofort zu beenden.

DIE LINKE. fordert ein Ende von Strom- und Gassperren.

Die Kosten für Strom und Gas sind seit vielen Jahren auf sehr hohem Niveau. Besonders schwer ist das für die Menschen, die von Hartz IV oder Sozialhilfe leben müssen, denn selbst wenn man den persönlichen Energieverbrauch auf ein niedriges Niveau absenkt, sind die Kosten nicht bedarfsgerecht berücksichtigt. Für DIE LINKE ist die Versorgung mit Strom und Wärme eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben: Sie ist daher ein soziales Recht. Die ökologische Energiewende, muss und kann zu einer sozialökologischen Energiewende werden, mit fairen Strompreisen und ohne Stromsperren.

DIE LINKE. fordert die Abschaffung von Hartz IV!

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, Pilotprojekte in den Kommunen durchzuführen, die Auswege aus dem Hartz-IV-System aufzeigen. Das Ziel muss sein, reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Als ersten Schritt wollen wir die Sanktionen von Hartz IV im Landkreis verbieten lassen. Daneben unterstützen wir alle Initiativen, die sich zum Ziel setzen, das Los der von Hartz IV Betroffenen zu verbessern.

DIE LINKE. steht für eine soziale Umweltpolitik.

Dazu gehören für uns die Förderung regenerativer Energien und die Forschung an Speicher- und Nutzungsmöglichkeiten. Die Produktion und Nutzung des vor Ort produzierten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stärkt die Identifikation mit der notwendigen Energiewende und trägt zu demokratischer Beteiligung bei. Die Politik muss genossenschaftliche und regionale Projekte stärken. Für bedürftige Personen sind beim Strom Sozialtarife einzuführen.

DIE LINKE. fordert die Abschaffung der gelben Säcke

und setzt sich für die Einführung einer gelben Tonne im Kreisgebiet Dithmarschen ein. An windintensiveren Tagen gefährden herumfliegende Gelbe Säcke den Straßenverkehr, belasten die Umwelt und bedeuten unnötige Mehrarbeit für die Menschen im Kreis, die Abfallwirtschaft und die Stadtreinigung. An der Qualität der Säcke wurde in der Vergangenheit immer weiter gespart, die Säcke wurden aus Kostengründen immer dünner und sind damit nicht mehr reißfest. Auch für diverse Tiere ist es mittlerweile ein Leichtes, an den Inhalt der Wertstoffsäcke zu gelangen.

DIE LINKE. will die Luftverschmutzung in Dithmarschen senken.

Wir fordern ein Umdenken in Sachen Mobilität, verbunden mit einer Stärkung des ÖPNVs und der Elektromobilität. Der Kreis Dithmarschen sollte eine eigene Initiative für die Nutzung emissionfreier Fahrzeuge starten und die Schaffung von ausreichend alternativen Tankstellen vorantreiben. Wir wollen die Aufstellung zweier Luftmessstationen im Kreis, in den Städten Heide und Meldorf, um die Luftverschmutzung zu protokollieren.

DIE LINKE. steht zu einer Mülldeponie an der Westküste.

Im Bereich der Abfallwirtschaft hat die Privatwirtschaft schon seit längerem erkannt, dass mit Mülldeponien viel Geld zu verdienen ist. Die Westküste benötigt eine eigene Mülldeponie in öffentlich rechtlicher Hand. Hierfür sollte über ein sogenanntes Müllde-ponie-Suchverfahren durch das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft und Umwelt die notwendigen Schritte eingeleitet werden. In Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen ist ein ge-eigneter und sicherer Standort zu suchen.

DIE LINKE. spricht sich gegen Fracking aus.

Fracking ist mit unkalkulierbaren Risiken für Bevölkerung und Umwelt, insbesondere für unser Grundwasser, verbunden. Zu-dem gibt es Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der Erdgasförderung und auftretenden Erdbeben und dem erhöhten Aufkommen spezifischer Krebsarten, Bsp. in Niedersachsen. DIE LINKE fordert ein bundesweites Fracking-Verbot ohne Ausnah-men.

DIE LINKE. setzt sich aktiv gegen weitere Ölbohrungen im geschützten Wattenmeer ein.

Das Wattenmeer als besonders fragiles Ökosystems muss vor dem Eingriff des Menschen soweit es geht geschützt werden. Mitten in dieser sensiblen Umgebung nach Erdöl zu bohren, ist absurd. Vom Wattenmeer sind der komplette Tourismus der Westküste und die Krabbenfischerei in Schleswig-Holstein abhängig – das darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

DIE LINKE. will eine soziale Wirtschaftspolitik,

die der Schaffung und Erhaltung von existenzsichernden Arbeitsplätzen dient und bei gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit einen Mindestlohn von 12 Euro garantiert. Betriebe, die künftig gefördert werden sollen, müssen zudem CO2 neutral aufgestellt und nachhaltig umweltverträglich wirtschaften. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dürfen nur Betriebe berücksichtigt werden, die die o.g. Kriterien erfüllen und zudem tariftreu sind. Bei künftigen Ausschreibungen muss sichergestellt werden, dass Belegschaften nicht zu schlechteren Bedingungen übernommen werden.

DIE LINKE. lehnt öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) ab,

die vom Kreis oder von Kommunen für die Erfüllung öffentlicher Aufträge, zu Sanierungen oder für Neubauten genutzt werden. Diese Modelle nützen lediglich den Anlegern, da diese auf Gewinnmaximierung zielen, die Nutzer wie die Gemeinden, Städte, Kreise oder Länder müssen dafür kräftig draufzahlen. Gleichzeitig darf die auferlegte Schuldenbremse den Kreis nicht an der Handlungsfähigkeit bei Baumaßnahmen behindern und zu einem weiteren Sanierungsstau bei den Kommunen führen.

DIE LINKE. fordert den Verbleib in der Landestheater GmbH.

Das Landestheater war in der Vergangenheit ein verlässlicher Garant für ein qualitativ hochwertiges Theaterangebot. Mit einer Mehrheit von CDU, FDP und UWD im Kreistag wurde der Vertrag mit der Landestheater GmbH nicht verlängert. Ein alternatives Konzept wurde bis heute nicht vorgelegt. DIE LINKE wehrt sich gegen diesen kulturellen Kahlschlag im Kreis Dithmarschen.

Impressum:

Die Linke Dithmarschen
Freudental 3
25746 Heide

Telefon: 0481 - 640 601 76

E-Mail: info@linke-dithmarschen.de

Webseite: www.linke-dithmarschen.de

Sozial Media:

@LINKE_HEI

www.facebook.com/DIELINKE.Dithmarschen/

AUCH
100%
SOZIAL
KOMMUNAL